

Von der gelenkten Wirtschaft zur Kriegswirtschaft

Institutionen, Eliten, Ideologien in Ungarn vor und während des Zweiten Weltkrieges

Das erste Auftreten lenkungs-restributiver Maßnahmen fällt in Ungarn in die Zeit des Ersten Weltkriegs.¹ In der sich industrialisierenden ungarischen Wirtschaft der Jahrhundertwende diente die staatliche Intervention noch dem Ausbau des Marktsystems, obwohl dadurch auch die interventionistische Wirtschaftsideologie verstärkt wurde. Gleichzeitig begannen sich auch die Umrisslinien der Dreiteilung der herrschenden Elite abzuzeichnen: die Elitegruppe der aristokratischen Großgrundbesitzer, die Elitegruppe der Kapitalgroßbürger, und die militärisch-bürokratische Elite, die sich aus den Reihen des notgedrungen in Ämtern tätigen Kleinadels und des sich hier assimilierenden Bürgertums formierte. Die Institutionen der Wirtschaftslenkung funktionierten jedoch keineswegs befriedigend und wurden daher kurz nach dem Krieg aufgelöst. In der Zwischenkriegszeit kam es durch das Erstarken der traditionellen Eliten zunächst zu einer Zurückdrängung der staatlichen Wirtschaftslenkung, und bis zur Wirtschaftskrise traten unterstützende, indirekte Interventionen an ihre Stelle. Doch die marktwirtschaftliche Konzeption wurde von der Weltwirtschaftskrise schnell hinweggefegt. Die Krise bewirkte eine Ausweitung, Verfestigung und Perpetuierung staatlicher Einmischung. Die Krise zerstörte den Interessenskonsens der herrschenden Eliten der Zwischenkriegszeit und leitete eine Veränderung der Machtverhältnisse ein. In der Folge wurde mit den Mitteln der Außenpolitik versucht, die Gebietsverluste aus dem Vertrag von Trianon zu revidieren.

1 Sztényi József u. Jenő Ladányi, *A magyar ipar a világháboruban* [Die ungarische Industrie im Weltkrieg] Budapest 1934; Futó Mihály *Gyáripari termelésünk irányítása a két világháboruban* [Die Lenkung unserer Fabriksindustrie in den beiden Weltkriegen], in: *Magyar Közgazdasági Szemle* (KGSZ) 11–12 (1943).

Die Krise und die vermehrten staatlichen Interventionen schufen für die bürokratische Elite eine neue Situation. Einerseits gelangten infolge der Ernennung von Gyula Gömbös² zum Ministerpräsidenten ab 1932 zahlreiche Schlüsselpositionen der Machtausübung in die Hände der bürokratischen Elite. Andererseits aber bedeutete die Krise für die soziale Basis dieser Gruppe – die christliche mittelständische Intelligenz – eine schwere Belastung und bereitete gleichzeitig einer ideologischen Offensive gegen den wirtschaftlichen Liberalismus den Boden. In der Regierungspartei kam es zu einem bedeutenden Rechtsruck, und die Anhänger von Gömbös gewannen auch in der Gesetzgebung an Terrain. Innerhalb der Regierungspartei erlangten die Vertreter der bürokratischen Elite und jene Agrariergruppe die Oberhand, welche die Interessen der mittelgroßen Bauern vertrat. Die hinter István Bethlen³ versammelten Vertreter der wirtschaftlichen Elite gerieten stark ins Hintertreffen.⁴

Mit dem Anwachsen staatlicher Einmischung und mit dem Terraingewinn der bürokratischen Elite war der Kampf um die Art der Wirtschaftslenkung jedoch noch nicht entschieden. Die wirtschaftliche Elite und die grundbesitzende Aristokratie wollten indirekte und unterstützende Maßnahmen, wie sich das auch in den Sparprogrammen von István Bethlen und Gyula Károlyi⁵ zeigte.⁶ Die Konzeption von Gömbös aber zielte eindeutig auf den Aufbau eines rechten korporativen Modells. In seinen Vorstellungen von der Regelung des wirtschaftlichen Lebens nahmen Verordnungen einen wichtigen Platz ein.⁷ Eine zentrale Frage stellte zu dieser Zeit das Problem der Arbeitslosigkeit und der

2 Gyula Gömbös (1886–1936), rechtsradikaler, antisemitischer Politiker, ungarischer Ministerpräsident zwischen 1932 und 1936.

3 Graf István Bethlen (1874–1947) führender konservativer Politiker der Zwischenkriegszeit, war 1921 ungarischer Ministerpräsident und seit 1933 dauerndes Mitglied des ungarischen Oberhauses.

4 Péter Sipos, Imrédy Béla és a Magyar Megújulás Pártja [Bela Imrédy und die Partei der Ungarischen Erneuerung], Budapest 1970.

5 Graf Gyula Károlyi (1871–1947) konservativer Politiker und Wirtschaftsberater Miklós Horthys, war zwischen 1930 und 1931 Außenminister und danach zwischen 1931 und 1932 ungarischer Ministerpräsident.

6 László Márkus, A Károlyi Gyula kormány bel- és külpolitikája [Die Innen- und Außenpolitik der Regierung Gyula Károlyi], Budapest 1968.

7 Siehe auch das Protokoll des ersten in der Zeit der Regierung Gömbös abgehaltenen Kronrates: Horthy Miklós titkos iratai [Die geheimen Schriften des Miklós Horthy], Budapest 1963, 131–135.

Arbeiterorganisationen dar. Gömbös' nationaler Arbeitsplan – eher ein politisches Programm zur Überzeugung aller, als eine durchdachte wirtschaftliche Konzeption – war in dieser Frage eindeutig: „Es tritt der Idee, der von der sozialdemokratischen Partei ohne Arbeit geforderten, sogenannten Arbeitslosenhilfe (und zwar einer in Bargeld geforderten Hilfe) entgegen, weil es auf dem Weg der ‚arbeitslosen Hilfe‘ kein Halten gibt, die Arbeitslosenhilfe zerstört den heiligen Begriff der Arbeit (...).“⁸ Gleichzeitig tauchte auch die Empfehlung zur Auflösung des Arbeitskräftemarktes und zur Einführung einheitlicher Arbeiterorganisationen auf.⁹ In einigen Fachministerien kam als Alternative eine gelenkte Wirtschaftsform zur Sprache.¹⁰ Die konkreten Maßnahmen und institutionellen Veränderungen waren aber im Vergleich zu den rechtsgerichteten Vorstellungen gemäßigt.

Das „Programm von Győr“ und der Beginn der Kriegswirtschaft

Mitte der dreißiger Jahre kam die ungarische Armeeführung bei der Untersuchung des Militarisierungstempos der europäischen Länder zur Schlußfolgerung, daß die Macht der Achsenmächte bis zum Ende des Jahrzehnts bedeutend wachsen werde. Dies würde die Chance eines europäischen Krieges bedeutend erhöhen, in den aufgrund seiner geographischen Lage und seiner Bestrebungen um eine territoriale Revision auch Ungarn hineinschlittern könne. Der Chef des Generalstabs forderte in einem Memorandum die Summe von 1,7 Milliarden Pengö innerhalb von vier Jahren für den Aufbau der Armee. Gegen Ende des Jahres 1937 ließ Reichsverweser Miklós Horthy¹¹ das Dokument in einer Konferenz im engeren Kreis diskutieren. Der Finanzminister hielt die materiellen Forderungen des Plans für unerfüllbar, während Béla Imrédy¹², der

8 Pénzügyminisztériumi iratok, Magyar Országos Levéltár (MOL) K/268/12/63.

9 MOL K/278/12/63.

10 MOL K/278/12/62.

11 Graf Miklós Horthy (1868–1957), Adjudant Kaiser Franz Josephs und Flottenadmiral, war zwischen 1920 und 1944 ungarischer Reichsverweser. 1944 wegen eines Waffenstillstandes mit der sowjetischen Regierung von ungarischen Faschisten zum Rücktritt gezwungen, stirbt er 1957 im Exil in Portugal.

12 Bela Imrédy (1891–1946) Finanzfachmann und faschistischer Politiker, Gründer mehrerer antisemitischer und rassitischer Organisationen, war zwischen 1938 und 1939 Ungarischer

damalige Präsident der Notenbank, einen noch höheren Betrag für vorstellbar hielt. Imrédy lud den schwedischen Nationalökonom Bertil Ohlin ein festzustellen, in welchem Maßstab staatliche Investitionen ohne die Gefahr einer Inflation realisierbar seien. Ohlin und seine Mitarbeiter hielten im Interesse der Erreichung einer Vollbeschäftigung eine staatliche Investition von einer Million Pengö innerhalb von fünf Jahren für realisierbar. Im Februar 1938 gelangten die ersten Nachrichten von dem in Vorbereitung stehenden Programm an die Öffentlichkeit.¹³ Die Details des Planes wurden jedoch bis zum letzten Augenblick geheimgehalten, denn man befürchtete, sein vorzeitiges Bekanntwerden könnte die Wirtschaftsentwicklung gefährden.¹⁴ Die Rede von Ministerpräsident Kálmán Darányi¹⁵ am 5. März 1938, die nur Konturen des Programms skizzierte, gab bereits Anlaß zu heftigen Diskussionen und Kritiken. So war etwa die Wirtschaftspresse der Meinung, daß die aus der Privatwirtschaft abgezogenen und für die staatlichen Investitionen aufgewendeten Summen die Spielräume der Konsumgüterindustrie schmälern und durch ein Anwachsen indirekter Kontrolle etatistische Tendenzen verstärken würden. Ihre Unzufriedenheit richtete sich auch gegen die Absicht, von der über 60 Prozent der Investitionssumme abdeckenden einmaligen Vermögenssteuer einen unverhältnismäßig großen Teil auf die Aktiengesellschaften abzuwälzen.¹⁶ Den Gesetzesentwurf brachte der Finanzminister erst einen Monat später, am 8. April 1938, ein, und die Diskussionen zogen sich bis Mitte Mai. Im ersten Punkt des Gesetzes, welches allgemeine Zielvorstellungen enthielt, wurde ein breites Wirtschaftsförderungsprogramm begründet:

„Das Ministerium wird ermächtigt, für Ziele der Vaterlandsverteidigung, beziehungsweise der Luftverteidigung, zum Bau von Straßen und Brücken, zur Weiterentwicklung der Ausstattung und Einrichtungen der Staatsbahnen und der Schifffahrt, sowie

Ministerpräsident und Wirtschaftsminister im Jahre 1944. Er wird 1946 als Kriegsverbrecher hingerichtet.

13 MOL K/280/1/2.

14 MOL K/278/12/62.

15 Kálmán Darányi (1886–1939), konservativer Politiker der Zwischenkriegszeit, war als Staatssekretär und Landwirtschaftsminister ab 1935 Mitglied mehrerer Regierungen, zwischen 1936 und 1938 ungarischer Ministerpräsident.

16 Honi Ipar [Heimatliche Industrie], 19. März 1938, 1–2; 30. April 1938, 13–14; Magyar Ipar [Ungarische Industrie] März–April 1938, 22.

der Post, der Telephon- und Telegrapheneinrichtungen, zur Beförderung der Ansiedlung und Bauplatzbeschaffung, zur Unterstützung der landwirtschaftlichen Produktion und Verwertung und im Sinne der Beförderung der Bewässerungswirtschaft, zur planmäßigen Durchführung der im Gesetzesartikel XX aus 1937 beschlossenen Arbeiten und anderer wasserwirtschaftlicher Investitionen, für den Bau und die Ausstattung von Schulen, Vortragssälen und anderer Institutionen im Dienste der landwirtschaftlichen Fachbildung und Volksbildung, zum Ziele der Anhebung der gesundheitlichen und sozialen Lage der Dörfer und zum Zwecke des Ausbaus der Gesundheitseinrichtungen, zur Versorgung mit Trinkwasser, für die Bergbau- und Rohstofforschung sowie zur Beförderung der Rohstoffverarbeitung und für andere Arbeiten der öffentlichen Hand und letztlich zur Beförderung der landwirtschaftlichen Kredite jenseits der in den staatlichen Budgets festgestellten Summen insgesamt Tausend Millionen (1.000,000.000) Pengö aufzuwenden.“¹⁷

Es ist beachtenswert, daß das Programm zwar zahlreiche Sozialmaßnahmen erwähnt, die konkrete Aufteilung der Milliarde Pengö aber im Gesetz nicht festgehalten wurde. In den weiteren Punkten wurde die Beschaffung der zu investierenden Summe festgelegt: Sechshundert Millionen Pengö waren unter dem Titel Investitionszuschuß in Form einer Vermögensteuer zu zahlen, vierhundert Millionen Pengö wurden durch interne Anleihen abgedeckt. 60 Prozent der einen Milliarde Pengö wurden für indirekte Kriegsziele aufgewendet, und weitere 210 Millionen Pengö waren für die mit den Kriegsinvestitionen verbundene Entwicklung des Transportwesens vorgesehen.¹⁸ Das *Programm von Győr*, wie es oft genannt wurde, war ein Fünfjahresplan mit straffem Tempo. Schon 1939 wurde entschieden, daß die Zielvorgaben des Fünfjahresplanes innerhalb von zwei Jahren verwirklicht werden sollten. In den ersten beiden Jahren seiner Verwirklichung bewirkte der Plan eine bedeutende Konjunktur. Besonders von der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht erwartete man sich einen neuerlichen Aufschwung des wirtschaftlichen Lebens. Ausgelöst durch Aufträge von seiten des Staates und der Armee stellte in dieser ersten Phase die Sicherung der Konsumentenmärkte das größte Problem dar. Sehr schnell aber wurde der

17 Gesetzesartikel XX aus 1938. „Von der militärischen und volkswirtschaftlichen Weiterentwicklung, einzelnen volkswohlfahrtlichen Investitionen und der Abdeckung dieser Kosten.“ Magyar törvénytár [Ungarische Gesetzessammlung], Budapest 1939, 250–251.

18 Sándor Ausch, A háború finanszírozása és az 1938–1944 évi infláció Magyarországon [Die Finanzierung des Krieges und die Inflation der Jahre 1938–1944 in Ungarn] in: KGSZ 10 (1955), 1194–1214.

Verteilungsmodus des begrenzten Kapitals zur zentralen Frage. Diese Krise leitete eine qualitative Veränderung ein: Ab 1940 wurden die Voraussetzungen für den Einsatz von Privatkapital durch die Auswirkungen des Kriegseintritts in ungewöhnlichem Ausmaß verschärft, ein Teil der Produktion in der Konsumgüterindustrie bei gleichzeitiger Erweiterung der Schwerindustrie eingeschränkt, und das Kreditwesen zentralisiert. Die Wirtschaft verkehrte sich in eine Mangelwirtschaft und blieb es über lange Zeit. 1940 plante der Finanzminister bereits Investitionen in der Höhe von 2,8 Milliarden, 1941 bereits in der Höhe von 4,5 Milliarden.¹⁹

Strukturelle Veränderungen

Die Investitionen in Milliardenhöhe führten dazu, daß immer größere Summen in die redistributiven Kanäle des staatlichen Finanzhaushalts gelangten: 1938/39 verschlangen die Budgetausgaben ein Drittel, 1941 bereits die Hälfte des Nationaleinkommens.²⁰ Dadurch veränderte sich auch die Struktur der staatlichen Ausgaben wesentlich. 1936/37 wurden insgesamt zwei Fünftel der Ausgaben für Zwecke der Machtstabilisierung aufgewendet, drei Fünftel hingegen für soziale, kulturelle und wirtschaftliche Zwecke. Im Budget von 1939/40, das auf mehr als das Dreifache gestiegen war, hatte sich dieses Verhältnis bereits umgekehrt.²¹ Die wachsende Bedeutung der Umverteilung läßt sich daran erkennen, daß zur Zeit, als die gesamtwirtschaftlichen Investitionen um 60 Prozent anstiegen, die staatlichen Investitionen zwischen 1924/25 und 1938/39 fast das Siebenfache, und die staatlichen Investitionen 1938/39 fast 90 Prozent der Gesamtinvestitionen erreichten.²² Im Vergleich zu einem Anteil von 4 Prozent

19 KGSZ, Jänner–Februar 1942, 4.

20 Berend T. Iván u. György Ránki, Magyarorszáig gyáripára a második világháboru előtt és a háboru idöszakában (1933–1944) [Ungarns Fabriksindustrie vor und während des Zweiten Weltkriegs (1933–1944)], Budapest 1958, 369–372; Sándor Ausch, Az 1945–1946. évi infláció es stabilizáció [Die Inflation und Stabilisierung der Jahre 1945–1946], Budapest 1958, 41 (mit Korrekturen).

21 Béla Csikós-Nagy u.a., Hg., Magyar gazdasági élet [Ungarisches Wirtschaftsleben], Budapest 1944, 262–263.

22 Alexander Eckstein, National Income and Capital Formation in Hungary (Income and Wealth Series 5), London 1955, 152–223.

in früheren Jahren, betrug die staatlichen Investitionen im Jahre 1938 bereits 12 Prozent des Nationaleinkommens.²³

Zu Beginn der Kriegswirtschaft erreichte die ungarische Wirtschaft sowohl in der Produktion als auch im Konsumbereich die Schwellengrenze entwickelter Industrienationen. Im Gegensatz zu den Balkanländern, in denen im Jahr 1938 mehr als die Hälfte des Nationaleinkommens aus der Landwirtschaft und höchstens ein Viertel bis ein Fünftel aus der Industrie stammte, betrug der Anteil der ungarischen Landwirtschaft am Nationaleinkommen nur 37 Prozent, jener der Industrie jedoch bereits 36 Prozent.²⁴ Bis zum Ende des Krieges fiel der Anteil der Landwirtschaft auf 28 Prozent, während jener der Industrie auf 43 Prozent anstieg.²⁵ Besonders die Förderung bestimmter Rohstoffe erlebte einen außergewöhnlichen Aufschwung. Zwischen 1938 und 1943 verdoppelte sich etwa die Bauxitförderung, stieg die Förderung von Erdgas auf das Neunfache und die Förderung von Öl auf das Zwanzigfache.²⁶

Auch im Hinblick auf das Verhältnis der Beschäftigten in der Landwirtschaft und in der Industrie befand sich Ungarn im Jahr 1938 bereits an der unteren Grenze des für Agrarländer typischen Anteils einer 50- bis 80-prozentigen Agrarbevölkerung. 1930 waren 51 Prozent, 1941 nur mehr 48 Prozent der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft tätig. Die Mobilität der Arbeitskräfte zwi-

23 A nemzeti jövedelem hosszúszoros indexeinek felülvizsgálata 1938. és 1950–1965. évekre. [Die Überprüfung der Langzeitindexe des Nationaleinkommens für die Jahre 1938 und 1950–1965], Budapest 1967, 32. Siehe diesbezüglich auch: Alexander Eckstein, National Income, wie Anm. 22, 192; András Bródy, Gazdasági növekedésünk üteme 1924-től 1965-ig [Das Tempo unseres wirtschaftlichen Wachstums von 1924 bis 1965], in: KGSZ 4 (1967), 417–431; Zsuzsa Bekker, Néhány gondolat Magyarország gépiparának fejlődéséről [Einige Überlegungen zur Entwicklung der Maschinenindustrie Ungarns], in: KGSZ 9 (1970), 1033–1048; A Magyar Gazdaságkutató Intézet (MGI) [Das ungarische Wirtschaftsforschungsinstitut], Sonderausgabe 20, Budapest 1942, 478.

24 Berend T. Iván u. György Ránki, Közép-Kelet-Europa gazdasági fejlődése a 19.–20. században [Die wirtschaftliche Entwicklung Mittel-Ost-Europas im 19.–20. Jahrhundert], 2. Aufl. Budapest 1976, 514; Nicolas Spulber, The Economics of Communist Eastern Europe, New York u. London 1957, 478.

25 Magyarország nemzeti jövedelme [Das Nationaleinkommen Ungarns], in: Magyar Gazdaságkutató Intézet közleményei [Mitteilungsblätter des Ungarischen Wirtschaftsforschungsinstitutes], H. 4, Budapest 1947, 6.

26 Berend u. Ránki, Magyarország gyaripara, wie Anm. 20, 428; Budapest Főváros Levéltára (BFL) [Archiv der Hauptstadt Budapest] XI. 127/A.

schen den einzelnen Branchen der Volkswirtschaft geriet auf diesem Niveau jedoch ins Stocken, und nach dem Krieg war sogar eine gewisse Umkehr zu bemerken.²⁷ Zu Spannungen führte vor allem die Tatsache, daß sich in der Zeit der Kriegswirtschaft die Berufs- und Industriestrukturen auseinanderentwickelten: die Hälfte der erwerbstätigen Bevölkerung erwirtschaftete schätzungsweise ein Viertel des Nationaleinkommens, während ein Viertel der Bevölkerung fast die Hälfte des Nationaleinkommens produzierte.

Die Produktionsstruktur war zu Beginn der zwanziger Jahre noch durch die 47-prozentige Dominanz der Lebensmittelindustrie gekennzeichnet, sowie durch einen 37-prozentigen Anteil der Schwer-, und einen 16-prozentigen Anteil der Leichtindustrie. Bis 1938 aber sank der Anteil der Lebensmittelindustrie erheblich, während die Leichtindustrie dynamisch, und die Schwerindustrie langsam anwuchs. 1938 erbrachte die Schwerindustrie 42 Prozent der Industrieproduktion und beschäftigte 51 Prozent der Arbeiterschaft. Während der Zeit der Kriegswirtschaft wurde die Schwerindustrie entsprechend den wirtschaftspolitischen Zielvorgaben zum dynamischsten Wirtschaftszweig. 1943 erbrachte sie bereits knapp die Hälfte der Industrieproduktion, beschäftigte 62 Prozent der Industriearbeiter und konzentrierte zwei Drittel aller industriellen Maschinenkraft. Innerhalb der Schwerindustrie entwickelte sich der Maschinenbau am raschesten, dessen Arbeiterschaft zwischen 1938 und 1945 auf etwa das Dreifache, sein Produktionswert – bei laufenden Preisen gerechnet – hingegen auf das Fünfeinhalbfache anwuchs. 1943 beschäftigte der Maschinenbau bereits 48 Prozent der in der Schwerindustrie tätigen Arbeiter.²⁸ Der Wert der Industrieproduktion stieg zwischen 1938 und 1945 um 26 Prozent, die Zahl der Arbeiter um 33 Prozent, die Anzahl der Standorte um 9 Prozent und die Maschinenkraft um 30 Prozent. Die Produktivität der industriellen Arbeit wuchs jährlich um durchschnittlich 4,4 Prozent. Dieses Wachstum resultierte aber in erster Linie aus einem Anstieg der Kapitalproduktivität und in einem geringeren Ausmaß aus einem Anstieg der Arbeitsproduktivität.²⁹

27 Volkszählung des Jahres 1949, Bd. 6, Berufsstatistische Ergebnisse, Budapest 1950, 13.

28 Bekker, Néhány gondolat, wie Anm. 28; BFL XI 115/A; MOL/Z/403/4; MOL/Z/371/75.

29 Die Berechnungen haben wir mittels der Cobb-Douglas-Funktion durchgeführt. Die Werte für Produktionselastizität der Arbeit hat Dr. Kálmán Kádas auf der Basis der Löhne errechnet. Danach beträgt der Parameterwert im Maschinenbau sowie in der Eisen- und Stahlindustrie 0,66, in der Papierherstellung 0,5, in der Papierwarenherstellung hingegen 0,88. Siehe dazu Kádas Kálmán, Az emberi munka termelékenységének statisztikai vizsgálata a magyar

Die Konzentration innerhalb der ungarischen Industrie mit ihrer traditionell unausgewogenen Betriebsstruktur stieg während der Zeit der Kriegswirtschaft noch bedeutend an. Sie bestimmte die Entwicklungsrichtung der an der Schwellengrenze angelangten ungarischen Wirtschaft und ließ bereits das übermäßige Wachstum der Schwerindustrie, besonders des Maschinenbaus, erkennen.

Institutionen der Wirtschaftslenkung

Gleichzeitig mit dem Investitionsprogramm kam es auch zu tiefgreifenden Veränderungen in den wirtschaftspolitischen Institutionen. Mit dem raschen zahlenmäßigen Ansteigen der Kriegsbetriebe intervenierte das Verteidigungsministerium immer stärker in die Fachministerien hinein. So übte es bei den Kriegsbetrieben unter anderem eine Kontrolle über den Rohstoffbedarf, die Export- und Importgeschäfte und über die Errichtung und Auflassung von Industriebahnen und Betrieben aus. In einzelnen Fällen nahm es auch direkten Einfluß auf die Preisgestaltung bei bestimmten industriellen Rohstoffen. All das führte zu einer Verdoppelung des Lenkungsapparats: So mußte man eine Betriebsvergrößerung sowohl vom Verteidigungs- als auch vom Wirtschaftsministerium bewilligen lassen.³⁰ Diese Dualität, die Pál Teleki³¹ in einem Brief an den Reichsverweser Miklós Horthy beschrieb, war die Ursache schwerer Konflikte.³² Die Armeeführung ordnete Investitionen ohne Wissen und Genehmigung des Finanzministers an, mengte sich in soziale Fragen ein, enthielt

gyáriparban [Die statistische Untersuchung der Produktivität der menschlichen Arbeit in der ungarischen Fabriksindustrie], Budapest 1944. Wenn wir mit einem Wert von $k=0,66$ rechnen, so können wir zwischen 1938 und 1943 einen 24-prozentigen, jährlich 4,4-prozentigen Anstieg registrieren. Bei einem unveränderten Kapital- beziehungsweise Arbeitsvolumen zeigte die Arbeitsproduktivität einen Anstieg von jährlich 2,4 Prozent und die Kapitalproduktivität einen jährlichen Anstieg von 11,1 Prozent.

30 Goldberger Schriftstücke MOL /668/43/178.

31 Graf Pál Teleki (1879–1941), Geograph und konservativer Staatsmann war neben seiner langjährigen Funktion als Mitglied des ungarischen Oberhauses zwischen 1927 und 1938 auch zweimal Ministerpräsident (1920–1921, 1939–1941). Er verweigerte 1939 den Durchmarsch deutscher Truppen durch Ungarn und beging nach der Beteiligung Ungarns am Überfall auf Jugoslawien 1941 Selbstmord.

32 Teleki Pál miniszterelnök előterjesztése Horthy Miklóshoz a hadseregnek a polgári kormá-

dem Ministerpräsidenten und den zuständigen Ministerien bestimmte Informationen vor und behinderte in vielen Fällen auch auf den unteren Ebenen die Arbeit des zivilen Lenkungsapparats. Zwei weitere Besonderheiten dieser Phase waren, daß die Vertretungsorgane des Privatkapitals zunehmend aus den wirtschaftlichen Lenkungsorganen hinausgedrängt wurden und daß sich diese zur Regelung der mit den Gewerkschaften entstandenen Konflikte immer weniger an den Staat wandten, weil ihre Interessen immer stärker mit den Plänen der Wirtschaftslenkungsorgane kollidierten. Mit einem Berg von Memoranden und Ansuchen versuchten sie, das über die Privatwirtschaft gespannte Netz der redistributiven Verwaltungshierarchie zu lockern.

Die erste Verordnung über die Reglementierung der Rohstoffwirtschaft erschien im Herbst 1938. Sie schrieb die Meldung von insgesamt 400 der wichtigsten Rohstoffe vor.³³ Bereits ein Jahr später wurde sie durch eine auf 600 Rohstoffe ausgeweitete Verordnung ersetzt. Zur Organisation und Kontrolle der Rohstoffwirtschaft wurden – ähnlich der Rohstoffbewirtschaftung während des Ersten Weltkriegs – sogenannte Komitees zur Bewirtschaftung industrieller Rohstoffe ins Leben gerufen.³⁴ Präsidenten und Vizepräsidenten der Komitees konnten nur ministerielle Beamte sein, und auch die aus Fachkreisen beigezogenen Mitglieder wurden durch den Wirtschaftsminister ernannt. Das koordinierende und kontrollierende Organ der Komitees war das Zentralkomitee der industriellen Rohstoffwirtschaft, dessen Aufgabe es war, den Kontakt mit der Nationalbank, mit dem Außenhandelsamt und mit dem Preiskontrollamt der Regierung aufrechtzuerhalten.

1939 begann die Sequestrierung der Materialvorräte, die in einem ersten Schritt insgesamt 380 Artikel betraf.³⁵ Zu dieser Zeit wurde – wie sich die ungarischen Stellen sehr detailliert informieren ließen – auch in Deutschland

nyzatra gyakorolt növekvő befolyásárol. [Vorlage des Ministerpräsidenten Pál Teleki an Miklós Horthy über den wachsenden, auf die bürgerliche Regierung ausgeübten Einfluß der Armee], Horthy Miklós titkos iratai [Die geheimen Schriften von Miklós Horthy], Budapest 1963, 239–252.

33 Verordnung Nummer 6830/1938 M.E., in: Közgazdasági Ertesítő (KE) [Gemeinwirtschaftliches Mitteilungsblatt] vom 10. Oktober 1938, 1001; siehe auch Mihály Futó, Gyáripari irányítás a két világháboruban [Die Lenkung unserer Fabriksindustrie während der beiden Weltkriege], KGSZ 11–12 (1934), 19.

34 Verordnung Nummer 10670/1939 M.E., in: KE 3. Dezember 1939, 1077.

35 Verordnung Nummer 12113/1939 M.E., in: KE 10. September 1939, 801.

und in Großbritannien die Sequestrierung von Materialvorräten eingeführt. In Skandinavien und im Baltikum wurden die Vorratsanmeldungen verpflichtend vorgeschrieben, und die meisten südeuropäischen Länder verfügten zudem noch strenge Sanktionen gegen das Horten von Waren.³⁶ Zu diesem Zeitpunkt konnten in Ungarn nur noch die Post und einzelne Transportbetriebe gesperrte Materialien ohne Sondergenehmigung kaufen, aber auch diese nur im Mengen, die zweihundert Pengö nicht überschritten. Über die Vordringlichkeit der über diesen Rahmen hinausgehenden Aufträge wurde vom Industrieminister entschieden.³⁷ Im Sommer 1940 erstreckte sich die Liste der gesperrten Materialien bereits auf über 500 Artikel, und ihre Verwendung war an eine Genehmigung durch die Fachkomitees geknüpft.³⁸ All das war notwendig, weil sich die Auswirkungen des Rohstoffmangels ab 1940 immer stärker bemerkbar machten. Der Produktionsablauf zahlreicher Fabriken wurde durch die Verzögerungen bei den Kohlelieferungen behindert, und die Beschränkungen griffen unaufhaltsam um sich.

Die Taktiken, zu denen die Betriebe in dieser Situation Zuflucht nahmen, beruhten auf dem gegenseitigen Ausspielen der einzelnen Interessengruppen innerhalb des Lenkungsapparates und auf dem Ausbau persönlicher Beziehungen. Dieses Manövrieren führte aber nur zu weiteren Institutionalisierungen. 1942 wurden die Fachkomitees aufgelöst, und an ihrer Stelle das Ipari Anyaghivatal [das Industrielle Materialienamt] geschaffen. Die Aufgaben des Amtes wurden von vorbildlichen, für ihre Korrektheit dekorierten Beamten versehen, die das Recht hatten, den Geschäftsgang aller Industrie- oder Handelsunternehmen zu untersuchen. Als beratendes Organ wurde dem Amt der Anyaggazdákodási Tanács [Materialwirtschaftsrat] zur Seite gestellt, dessen Mitglieder nur zur Hälfte den Interessensvertretungen der Wirtschaft entstammen durften.³⁹ Ein Jahr später wurde der Anteil der Mitglieder der Interessensvertretungen auf ein Drittel beschränkt.⁴⁰ Die Anmeldung und Sequestrierung der Materialvorräte

36 Külügyministeriumi Gazdaságpolitikai Osztály iratai [Schriften der Wirtschaftspolitischen Abteilung des Außenhandelsministeriums], MOL K/69/797/12.

37 Verordnung Nr. 37.55100/1939, in: KE 5. November 1939, 973.

38 Verordnung Nr. 4570//1940 M.E., in: KE 30. Juni 1940; Verordnung Nr. 240001940 Ip.M., in: KE 9. Juni 1940, 517.

39 Verordnung Nr. 2340/1942 M.E., Verordnung Nr. 24800/1942 M.E. und Verordnung Nr. 24900/1942 M.E., in: KE 8. August 1942, 547–548.

40 Verordnung Nr. 41700/1943 Ip. M., in: KE 8. August 1943, 1239.

wurde 1943 durch zwei weitere Verordnungen verschärft und die Gültigkeit der für die Verwertung der Materialvorräte notwendigen Genehmigungen auf ein Jahr beschränkt.⁴¹ Bis 1944 hatte der Materialmangel ein solches Ausmaß erreicht, daß zahlreiche wichtige Betriebe gezwungen waren, ihre Produktion auf einen Bruchteil ihrer Kapazität zu reduzieren oder gänzlich einzustellen.⁴²

Die Produktions- und Verkehrsbeschränkungen nahmen im wesentlichen mit der Verordnung über die Sicherung der ungestörten Produktion der Kriegsbetriebe ihren Anfang.⁴³ Die Lieferverpflichtungen für die Landesverteidigung hatten vor anderen Lieferungen Vorrang, und falls der Unternehmer die gesetzten Fristen nicht einhielt, konnte er mit einer Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr Zuchthaus bestraft werden.⁴⁴ Der Außenhandel mit Kriegsgütern wurde an eine gemeinsame Genehmigung des Handels- und Transportministers sowie des Verteidigungsministers gebunden. Zur Kontrolle der Rüstungsproduktion wurde ein Landesinspektor ernannt, der den Geschäftsgang sämtlicher Kriegsbetriebe kontrollieren konnte.⁴⁵ Eine 1940 erlassene Verordnung ermächtigte den Handels- und Transportminister, die Privatunternehmer auch zum Verkauf ihrer nicht sequestrierten Reserven zu verpflichten.⁴⁶ Zur Kontrolle und Beschränkung des öffentlichen Konsums wurden zuerst Einkaufsbücher, ab 1942 Versorgungscoupons eingeführt.⁴⁷

Zur Preisregelung wurde 1938 – als Nachfolger der Aremelő Bizottság [der Preiserhöhungskommission] – ein Regierungsbeauftragter ernannt, der ein bera-

41 Verordnung Nr. 14500/1943 Ip. M., in: KE 7. März 1943, Beilage, 11; Verordnung Nr. 39500/1943 Ip.M., in: KE 25. Juli 1943, 1087; Verordnung Nr. 14000/1943 Ip. M., in: KE 7. März 1943, Beilage, 10; Verordnung Nr. 3790/1943 M.E., in: KE 25. Juli 1943, 1085; Verordnung Nr. 17600/1943 Ip.M., in: KE 4. April 1943, 439.

42 MOL Z/668/43/178; siehe dazu auch Berend u. Ránki, *Magyarország gyáripára*, wie Anm. 20, 537–544.

43 Verordnung Nr. 8500/1939 M.E., in: KE 10. September 1939, 813.

44 MOL /668/43/178 Brief des Verteidigungsministers an die Goldberger und Söhne Ges. m.b.H.

45 Verordnung Nr. 12112/1939/M.E., in: KE 1. Oktober 1939, 873; Verordnung Nr 7310/1941 M.E., in: KE 19. Oktober 1941, 1437.

46 Verordnung Nr. 3000/1940 M.E., in: KE 5. Mai 1940, 413.

47 Verordnung Nr. 201000/1941 M.E., in: KE 18. Mai 1941, 702; Verordnung Nr. 5560/1942 M.E., in: KE 4. Oktober 1942, 1353.

tendes Recht sowie das Recht zur Festsetzung von Maximalpreisen hatte.⁴⁸ Der Regierungsbeauftragte arbeitete unter der Aufsicht des Wirtschaftsministers, bis er ihm kurz nach der Ernennung von Béla Imrédy zum Ministerpräsidenten direkt unterstellt wurde. 1939 wurde er dann dem Geschäftsbereich des Handels- und Transportministers zugeteilt. Bela Imrédy hat also diese Kontrollfunktion immer bei sich behalten.

Es war klar, daß eine Wirtschaftspolitik, die mit staatlicher Kapitalakkumulation diesen Ausmaßes versuchte, einen konjunkturellen Aufschwung zu bewirken, zu Inflation führen mußte. In den Jahren der Kriegswirtschaft stieg der ungarische Banknotenverkehr auf das Vierzehntausendfache, und die ungarische Inflation übertraf selbst das Ausmaß der deutschen. Ab 1941 beschleunigte sich die Inflation in Folge der Aufhebung der reglementierten Preise abermals.⁴⁹ Der Lehrsatz – „Weniger verbrauchen und das gesparte Geld der Kriegsbewirtschaftung und der Volkswirtschaft zur Verfügung zu stellen“ – bildete in dieser Spirale kein effektives Gegenmittel mehr.⁵⁰ Die steigenden Steuerbelastungen konnten den Anstieg der Investitionen nicht mehr kompensieren. Die Zentralisierung des Kreditwesens konnte den sich daraus ergebenden Anstieg des Geldverkehrs unter den Bedingungen einer anhaltenden Mangelwirtschaft nur abschwächen.⁵¹ Infolge der Übernachfrage bei grundlegenden Nahrungsmitteln und Rohstoffen war die Inflation ein immanentes Element der Kriegswirtschaftspolitik. Nur auf dem Wege des Preisstopps wurde versucht, sie abzuschwächen. Dieses empfindliche Gegenmittel war aber durch die Existenz eines Schwarzmarktes dauernd gefährdet. Bedingt durch den Charakter des Systems entstanden auch in der Preisfrage zwischen Vertretern des Lenkungsapparates und des Privatkapitals lebhaft Konflikte. Das Privatkapital, welches daran interessiert war, die Folgen der Inflation über Preissteigerungen auf die

48 Verordnung Nr. 2220/1938 M.E., Magyar Ipar Mai Juni 1938, 31; MOL K/513. Schriften der 33, 36, beziehungsweise 42 Mitglieder umfassenden Kommission, Band 20.

49 Berend T. Iván, Az állami beavatkozás háborús rendszerének főbb vonásai Magyarországon a második világháború idején [Hauptmerkmale des Kriegssystems staatlicher Einmischung in Ungarn zur Zeit des Zweiten Weltkriegs], MKKE Jahrbuch 1958, Budapest 1959, 223–247.

50 Lipót Baranyai, Mi a teendő? Takarékoság vagy infáció? [Was ist zu tun? Sparsamkeit oder Inflation], in: Magyar Ipar v. 1. Mai 1941, 40–41.

51 „Szabó Ferenc kecskeméti felsőházi tag nagy beszéde (...)“ [Große Rede des Kecskeméti Oberhausmitgliedes Ferenc Szabó (...)], in: Magyar Közérdek v. 20. Mai 1940, 1.

Verbraucher abzuwälzen, argumentierte, daß im Falle des Ausbleibens dieser Preiserhöhungen das in die Industrie investierte Nationalvermögen von den Verbrauchern absorbiert werden würde. 1941 wurde in der ungarischen Wirtschaft der Aufgabenkreis des Preisbeauftragten der Regierung aufgelöst. Die Regelung des Wirtschaftsprozesses gehörte fortan in den Wirkungsbereich des über die Verteilung der begrenzten Mittel disponierenden Versorgungsministers ohne Portefeuille.⁵² Die sich zuspitzenden Versorgungswirren machten auch die mehrfache Umorganisation des Versorgungswesens notwendig.⁵³ Zur regionalen Organisation der Versorgung wurden Regierungskommissäre ernannt, die in Schlüsselfragen gemäß ihres Titels auch über die Köpfe der örtlichen Behörden hinweg Veranlassungen treffen konnten.⁵⁴ Die zweifache Aufgabe der Lenkung der Landwirtschaft bedeutete einerseits die Reglementierung der Produktionsverhältnisse zwischen den einzelnen Produktgruppen, andererseits die Verteilung der knapper werdenden Produkte. Dazu diente die Festlegung von Produktions- und Lieferquoten, die von unterschiedlichen Organisationen durchgeführt wurde. Dieser Dualismus bei den Organen der Produktion und Verteilung verdeutlicht einen tieferen Widerspruch: Die Reglementierung des Produktionsvorganges geschah als Kriegszwangsverordnung mit betont vorübergehendem Charakter. Die Reglementierung der Verteilungsvorgänge entstand hingegen vor dem Hintergrund einer korporativen Wirtschaftsideologie und zielte auf die Schaffung von dauerhaften Strukturen. Erstere diente einem im Interesse der Produktion gelegenen Kompromiß, zweitere unterdrückte diese Interessen.

Versuche zur Auflösung des Arbeitsmarktes wurden im ersten Jahr der Kriegswirtschaft noch nicht unternommen. Dazu hätte auch kaum Notwendigkeit bestanden, denn der Arbeitskräftebedarf in der sich entfaltenden Konjunktur wurde durch den Rückgriff auf die 100.000 Arbeitslosen gedeckt. Das Recht der Arbeitsvermittlung war zu einem guten Teil noch in der Hand der Gewerkschaften, und die Lohnforderungen wurden noch in zahlreichen Fällen durch Streiks durchgesetzt. Die Verlängerung der Arbeitszeit war aber schon an die Genehmigung des Industrieministers gebunden. Eine Wende trat hier

52 Verordnung Nr. 7310/1941 M.E., in: KE 2. Februar 1941, 1437.

53 Károly Szabó u. László Virágh, A mezőgazdaság és a parasztság irányítása Magyarországon a II. világháború alatt [Die Landwirtschaft und die Lenkung der Bauernschaft in Ungarn während des Zweiten Weltkrieges], unveröffentlichtes Manuskript 1987.

54 Verordnung Nr 510/1941 M.E., in: KE 2. Februar 1941, 165.

durch den Gesetzesartikel Nr. 2 aus dem Jahr 1939 – mit der Kodifizierung des Landesverteidigungsgesetzes – ein, die es den Kriegsbetrieben ermöglichte, ihre Arbeiter an den Arbeitsplatz zu binden. Obwohl es zu keiner tieferen institutionellen Reform kam, schritt die Einschränkung und Auflösung des Arbeitsmarktes zunehmend voran.⁵⁵ Ab Sommer 1941 entstand durch das rasante Anwachsen der Zahl der Einberufungen ein Arbeitskräftemangel. Die Arbeitszeitbeschränkungen wurden aufgehoben, Überstunden zur Regel gemacht und die Verpflichtung zur Gewährung eines bezahlten Urlaubs aufgehoben.⁵⁶ Es wurde üblich, Arbeiter abzuwerben, und der Industrieminister warnte die Kriegsbetriebe in einem Schreiben, ihre Arbeitskräfte nur mit der Erlaubnis des betrieblichen Militärkommandanten zu entlassen. Entsprechend den wirtschaftspolitischen Präferenzen des Investitionsprogrammes entstanden zwischen der Schwerindustrie und der Konsumgüterindustrie enorme Lohndifferenzen, was – wie in einem Memorandum berichtet wird – dazu führte, daß viele Facharbeiter der Leichtindustrie ihre Leistung verringerten, um ihre Entlassung zu erzwingen und um sich in der Schwerindustrie als Hilfsarbeiter zu verdingen.⁵⁷ Da auch in der Landwirtschaft ein bedeutender Arbeitskräftemangel entstand, wurde zur Sicherstellung des Arbeitskräftebedarfs durch das Landwirtschaftsministerium und das Industrieministerium das Munkaközvetítés Központi Bizottság [Arbeitsvermittlungs-Zentralkomitee] geschaffen. Zum Abbau sozialer Spannungen wurde das Országos Munkaügyi Felügyelőség [Landesinspektorat für Arbeitsangelegenheiten] eingerichtet.⁵⁸ 1944 wurde die Arbeitsvermittlung zur Gänze vom Staat übernommen und verordnet, daß die unentgeltlichen, privaten Arbeitsvermittlungsbüros bis Jahresende zu schließen seien. Schon im Juli löste der Industrieminister siebzig Arbeitsvermittlungsbüros auf.⁵⁹ Eine Woche später wurde unter der Bezeichnung Magyar Ipari Munkások Országos Szövetsége [Landesverband der Ungarischen Industriearbeiter] die Schaffung

55 Uj Magyar Központi Levéltár (UMKL) III/40. Külügyminiszterium Békeelőkészítő Osztály iratai [Schriften der Friedensvorbereitenden Abteilung des Außenministeriums].

56 Futó, Gyáripa irányítás, wie Anm. 33, 42–45; Berend, Allami beavatkozás, wie Anm. 49, 236–244.

57 MOL Z/668/43/180.

58 Verordnung Nr. 115600/1942 F.M., in: KE 2. August 1942, Verordnung Nr. 4430/1942 M.E., in: KE 26. Juli 1942; KE 31. Januar 1943, 166.

59 Verordnung Nr. 1359/1944 M.E., in: KE 16. April 1944, 401; Verordnung Nr. 32000/1942 M.E., in: KE 23. Juli 1944, 939.

einer einheitlichen Interessensvertretung unter Aufsicht des Industrieministers verfügt, der im Sinne der Verordnung jegliche Arbeiterorganisation auflösen und über deren Vermögen bestimmen konnte.⁶⁰ Anfang September desselben Jahres wurde das Országos Munkaerőgazdálkodási Bizottság [Landeskomitee für Arbeitskraftbewirtschaftung] geschaffen, dessen Präsident vom Verteidigungsminister ernannt wurde.

Die wirtschaftlichen Eliten

Der in der Wirtschaftskrise entstandene Zerfall des Konsenses der Wirtschaftseliten wurde durch die politischen und institutionellen Veränderungen des Krieges neuerlich zum Problem. Zwischen den Eliten entstanden neue Allianzen und neue Konflikte. Obwohl die genannten drei Elitegruppen die auf christlichen und nationalen Werten beruhende rechte Politik akzeptierten, hatten sie ihre je verschiedenen Konzepte von Wirtschaftspolitik. Besonders konfliktträchtig waren jene institutionellen Veränderungen, die die Dominanz der Politik über die Wirtschaft sichern, die Rolle der Regierung gegenüber der Gesetzgebung aufwerten, und den bürokratischen Eliten mehr Terrain gegenüber den traditionellen Eliten der Grundbesitzenden Aristokraten und Wirtschaftstreibenden einräumen sollten. Die Kritik entzündete sich hier primär an der gesetzgeberischen Praxis, die die Regierung aufgrund von Rahmengesetzen ermächtigte, in politischen und wirtschaftlichen Schlüsselfragen eigenmächtig zu agieren.

Innerhalb der durch ein hohes Durchschnittsalter gekennzeichneten Großgrundbesitzer – zu denen grob gerechnet etwa vierzig Grundbesitzer mit über 10.000 Joch Grund gehörten –, beschränkten sich die personellen Veränderungen auf Todesfälle, Erbschaften und Fälle von Güteraufteilung. Zwischen 1935 und 1945 veränderte sich nur ein Viertel dieser Gruppe. Ihre soziale Zusammensetzung blieb jedoch im wesentlichen unverändert. Die zu 60 Prozent katholischen Großgrundbesitzer bestanden fast ausschließlich aus Familien des alten Hochadels.⁶¹ Auch in der Periode der Kriegswirtschaft partizipierten 60 Prozent von ihnen an der Gesetzgebung, wobei sie – vom Protest gegen die antisemi-

60 Verordnung Nr. 2700/1944 M.E., in: KE 30. Juli 1944, 977.

61 Folkmayer Tibor u. Sándor Török, Nagybirtok az ellenforradalom korszakában [Großgrundbesitz im Zeitalter der Gegenrevolution], in: György Lengyel, Hg., Történeti szociológ-

tischen Gesetze bis hin zu rechtsradikalen Aktivitäten – in einem sehr breiten politischen Spektrum aktiv wurden. In ihrer Mehrheit vertraten sie eine im wesentlichen konservative, sich aber von den rechten Massenbewegungen abgrenzende, politische Linie. Der politische Einfluß dieser Gruppe sank nach 1938 infolge der institutionellen Veränderungen und des Rechtsruckes deutlich ab. Zwar konnten die Exponenten der Gruppe ihren informellen Einfluß auf den Reichsverweser Miklós Horthy durch die gesamte Periode der Kriegswirtschaft bewahren, dem Kampf der Rechten „den Wind aus den Segeln zu nehmen“ gelang ihnen aber nur in sehr bescheidenem Maße.⁶²

Die privatwirtschaftliche Elite – die Führungskräfte von Firmen, Banken und Interessensvertretungen der Arbeitgeber – bestand in der Periode vor 1938 aus insgesamt 1.000 Personen.⁶³ Annähernd zwei Drittel dieser großen Gruppe verfügten über je eine, ein weiteres Fünftel über je zwei Positionen. Die oberen 15 Prozent – die jeweils über drei und mehr Positionen verfügende, „multipositionelle Elite“ – vereinten insgesamt 35 Prozent aller Elite-Positionen in ihren Händen. Zwischen 1937 und 1943 erfuhr diese Gruppe eine radikale Veränderung ihrer Zusammensetzung. Mehr als die Hälfte – nämlich 55 Prozent – der privatwirtschaftlichen Elite wurden ausgewechselt. In der Gruppe der über ein bis zwei Positionen Verfügenden fielen 60 Prozent dem personellen Wechsel zum Opfer, während die Fluktuation innerhalb der Gruppe der „multipositionellen Elite“ wenn auch nicht vernachlässigbar, so mit 32 Prozent doch wesentlich geringer war als bei anderen Gruppen. Bei den Firmenleitern lag die Fluktuation leicht über dem Durchschnitt, bei den Führungskräften der Banken und Interessensvertretungen der Arbeitgeber mit etwa 50 Prozent unter dem Durchschnitt. An dieser Stelle möchte ich jedoch festhalten, daß es auch in dem der

giai tanulmányok a 19–20. századi magyar társadalomról [Historische soziologische Studien der ungarischen Gesellschaft des 19. und 20. Jahrhunderts], Budapest 1987, 45–69.

62 Bethlen István emlékiratai, 1944 [Memorien des István Bethlen, 1944], Budapest 1988, 123–155.

63 Die Daten zur wirtschaftlichen Elite stammen aus einer empirischen Untersuchung, in deren Rahmen sowohl die Zusammensetzung als auch die Veränderungen in den Führungsgremien von Firmen mit über 5 Millionen Pengö Grundkapital, von Banken mit über 10 Millionen Pengö, sowie von Arbeitgeberkörperschaften und wirtschaftlichen oder wirtschaftspolitischen Organisationen während dreier Zeiträume – in den Jahren 1926/27, 1936/37 und 1942/43 – untersucht wurden. Im Falle der mehr als drei Positionen innehabenden, „multipositionellen Elite“ wurde die Untersuchung auf einen weiteren Kreis an gesellschaftlichen Indikatoren ausgedehnt.

Krise vorausgehenden Jahrzehnt (1927 bis 1937) zu Umwälzungen ähnlichen Ausmaßes gekommen, und ebenfalls die Hälfte der privatwirtschaftlichen Elite abgelöst worden war.

Wenn wir bedenken, daß die Kriegswirtschaft nur einen kurzen Zeitraum umfaßte und die personelle Zusammensetzung der Gruppe auch durch radikale politische Interventionen bestimmt wurde, so weisen diese Daten die ‚multi-positionelle Elite‘ als eine ausgeprägte Clique aus. 1937 verfügten 38 Prozent ihrer Vertreter gleichzeitig über Positionen in der Gesetzgebung beziehungsweise in den beratenden Gremien der Ministerien. Im Jahre 1943 war dieser Anteil bereits auf 43 Prozent gestiegen. Die ethnische Zusammensetzung der Gruppe veränderte sich markant: der Anteil der jüdischen Führungskräfte sank von 34 auf 18 Prozent. Dieser Wandel setzte bereits gegen Ende der zwanziger, Anfang der dreißiger Jahre ein, doch aufgrund verschiedener Ausnahmeregelungen blieb der Anteil der jüdischen Führungskräfte bis zum Zeitpunkt der deutschen Besetzung Ungarns im Jahre 1943 über den 1939 im sogenannten Zweiten Judengesetz vorgeschriebenen 12 Prozent.

Dieser erzwungene ethnische Wandel – die sogenannte „Wachablöse“ – war für den Zerfall des Konsenses innerhalb der wirtschaftlichen Elite von entscheidender Bedeutung. Darauf weist auch eine Notiz von Ferenc Chorin⁶⁴ hin, wonach „(...) Reményi-Schneller⁶⁵ mit Lajos Szász, Jurcsek, seinem Stab an Staatssekretären, mit Kulcsár und Szlamoray bemüht war, die Juden aus den wenigen ihnen noch verbliebenen Positionen zu entfernen.“⁶⁶ Mit dieser „Wachablöse“ veränderte sich auch die Zusammensetzung der Gruppe nach Bildung, Herkunft und Karrieren. In der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre verfügten drei Viertel der privatwirtschaftlichen Elite über eine höhere Ausbildung, wovon die Hälfte ein Jusstudium absolviert hatte. Während der Periode der Kriegswirtschaft stieg der Anteil von Personen mit höherem Bildungsabschluß auf fünf Sechstel, wobei besonders der Anteil der Personen mit tech-

64 Ferenc Chorin (1879–1944), Großindustrieller, Präsident des ungarischen Industriellenverbandes (GYOSZ) war ein typischer Vertreter des ungarischen Finanzkapitals und ein Träger der Politik Miklós Horthy's. Als Jude emigrierte er 1944, nach der Überlassung seines gesamten Vermögens an die Gestapo, nach New York.

65 Lajos Reményi-Schneller (1892–1946), Finanzfachmann und faschistischer Politiker war zwischen 1938 und 1944 Wirtschafts- und Finanzminister in verschiedenen rechtsgerichteten und faschistischen Regierungen. Er wurde 1946 als Kriegsverbrecher hingerichtet.

66 István Vida, Három Chorin-levél [Drei Chorin-Briefe], in: Századok 2 (1977), 369.

nischen und volkswirtschaftlichen Bildungsabschlüssen anstieg. 1937 rekrutierten sich 38 Prozent der privatwirtschaftlichen Elite aus den eigenen Reihen. Dieser Anteil sank bis 1943 auf 26 Prozent. Dagegen wuchs der Anteil der aus Staatsbeamten- und Großgrundbesitzerfamilien stammenden Personen auf 37 Prozent, und der aus dem Bildungsbürgertum stammenden Personen auf 21 Prozent. Parallel dazu veränderten sich auch die Karrieremuster. Begann 1937 noch die Hälfte der ‚multipositionellen Elite‘ ihre Laufbahn in der Privatwirtschaft und ein bereits damals hoher Anteil von 36 Prozent im militärisch-bürokratischen Apparat, so stieg dieser Anteil bis 1943 auf 44 Prozent.

Die bürokratische Elite wies traditionell einen hohen Bildungsgrad und soziale Geschlossenheit auf. Der Anteil der Personen mit höherer Ausbildung stieg zwischen 1937 und 1943 von 80 auf über 90 Prozent, der Anteil der Juristen erreichte 61 Prozent. Annähernd die Hälfte der bürokratischen Elite stammte aus Staatsbeamten- und Großgrundbesitzerfamilien, und ihr Anteil blieb während der gesamten Periode der Kriegswirtschaft im wesentlichen unverändert. Dagegen fiel der Anteil der Kinder von Bank- und Firmenleitern von 20 auf 10 Prozent, der Anteil von Kindern aus dem Angestelltenmilieu und dem Bildungsbürgertum stieg hingegen stark an. Im Jahr 1937 begann mehr als die Hälfte der neuen Wirtschaftslenkungselite ihre Karriere im militärisch-bürokratischen Apparat. Gleichzeitig konnte diese Elite ihren Einfluß auch in andere Bereiche ausweiten, und 1943 verfügten bereits drei Viertel der ‚multipositionellen Elite‘ auch über Positionen in der Privatwirtschaft.

Von den 55 Prozent der die Regierungspartei bildenden 97 Parlamentsabgeordneten der politischen Rechten waren 33 Beamte und Offiziere, 37 mittelgroße Grundbesitzer und 30 kamen aus intellektuellen Berufen. Diese Daten bestätigen einerseits die politische Macht dieser gesellschaftlichen Gruppen und zeigen andererseits, daß die rechtsgerichtete, dirigistische Orientierung in diesen gesellschaftlichen Gruppen besonders stark war.⁶⁷

In den Jahren der Kriegswirtschaft wurde das Rekrutierungsmuster der privatwirtschaftlichen und der bürokratischen Eliten immer ähnlicher. Die Mit-

67 Péter Sipos, Miklos Stier u. István Vida, *Változások a kormánypárt parlamenti képviselőinek összetételében 1931–1939* [Veränderungen in der Zusammensetzung in der Parlamentsvertretung der Regierungspartei 1931–1939], in: *Századok* 3–4 (1967), 602–620; György Ránki, *Az 1939-es budapesti választások* [Die Budapester Wahlen 1939] in: *Történelmi Szemle* 4 (1967), 613–630; Miklós Lackó, *Nyilasok, nemzetiszocialisták* [Pfeilkreuzler, Nationalsozialisten], Budapest 1966.

glieder der traditionellen Elite wurden zunehmend aus den Machtbereichen verdrängt, ihre politisch-ideologische Tätigkeit beschränkte sich auf reine Defensivmaßnahmen. Die jüdischen Vertreter dieser Gruppe kamen nach der deutschen Besetzung in Konzentrationslager, waren gezwungen sich zu verstecken oder durften – im glücklichen Ausnahmefall – gegen Überlassung ihres Vermögens emigrieren.⁶⁸

Ideologie und manipulative Bewegungen

Die permanente propagandistische Mobilisierung der Bevölkerung, die berufsständisch gegliederte Wirtschaftsordnung und die Planwirtschaft bildeten die ideologischen Rahmenbedingungen der Kriegswirtschaft. Das rechte christlich-nationale Lager wurde von der Überzeugung zusammengehalten, daß das Funktionieren der Wirtschaft in der gegebenen Situation weder durch einen „auf dem Zusammenspiel der individuellen Kräfte beruhenden Liberalismus“, noch durch das „klassenkämpferische Schaukelspiel“ des Spätkapitalismus gewährleistet werden könne. Damit stand diese Ideologie sowohl zur „weltbürgerlichen Freimaurerei“, die den liberalen Individualismus verkörperte, als auch zum „Marxismus der klassenkämpferischen Massenfront, die den wertvernichtenden Massenmenschen hervorbringt“, in Opposition. Die Ablehnung beider Ideologien wurde durch die Kritik an ihren „instinktiven Trägern, der Judenschaft“ verstärkt. Die zentrale Macht konnte sich daher nicht mit einer kontrollierend-korrigierenden Funktion zur Herstellung eines ökonomischen Gleichgewichts zufriedengeben, das aus dem Antagonismus der Interessensvertreter des Kapitals und der Genossenschaften hervorgehen sollte. In konsequenter Folge befreite sich die Staats- und Wirtschaftsadministration – teils intentional, teils durch die Kriegsumstände bedingt – zusehends von den Beschränkungen der Legislative.⁶⁹

Die kriegsbedingte Notwendigkeit einer starken und konsolidierten Zentral-

68 György Lengyel, *The Hungarian Business Elite in Historical Perspective*, Columbia University 1987, 52–58; Elek Karsai u. Miklós Szinai, *A Weiss Manfred vagyon német kézbe kerülése* [Der Übergang des Weiss-Manfred-Vermögens in deutsche Hand], in: *Századok* 4–5 (1961), 680–719.

69 Béla Imrédy, *Az új Európa irányító eszmei* [Die leitenden Prinzipien des neuen Europa], in: *Uj Magyarország* (1940), 151–152.

macht wurde auch von der in die Defensive gedrängten Wirtschaftselite nicht angezweifelt. Bereits am Vorabend des Krieges, im Herbst 1938, tauchte – wie die geheimen Aufzeichnungen von Ferenc Chorin bezeugen – in den Kreisen der ihnen nahestehenden Politiker die Überlegung auf, der verworrenen innenpolitischen Lage durch eine Diktatur Herr zu werden. Diese Vorstellung brachte Tibor Eckhardt – nachdem er sie zuvor nur Bethlen und Chorin mitgeteilt hatte – bei einer Anhörung durch den Reichsverweser zur Sprache. Bethlen erklärte auch bei einer Besprechung mit Ministerpräsident Imrédy, daß er an seiner Stelle „schon längst den Ausnahmezustand ausgerufen hätte“.⁷⁰

In der Kriegspresse der Gyariparosok Országos Szövetsége GYOSZ [Landesverband der Fabriksindustriellen] wurde – aufgrund der durch die Judengesetze ausgelösten personellen Veränderungen – neben den Werten freien Unternehmertums Themen der Zentralisation, der Planmäßigkeit und mit dem Vorschreiten des Krieges auch der Autarkie zunehmend Platz eingeräumt.⁷¹

Eine der am häufigsten genannten Ideen der rechten ungarischen Wirtschaftsideologie dieser Zeit war das korporative Modell. Einer gängigen Interpretation zufolge bewahrt das korporative Modell „(...) die Möglichkeiten des Privateigentums, der unternehmerischen Initiative, und bis zu einem gewissen Grad sogar des Wettbewerbs, doch das wirtschaftliche Leben versucht es durch den Zusammenschluß der Produzenten in verschiedene Körperschaften und durch die Lenkungsstätigkeit der Körperschaften zu regeln“.⁷² Die dieser Formulierung zugrundeliegende berufsständische Konzeption des italienischen Faschismus sah eine Hierarchie der Berufsgruppen und ihre regionale Organisation vor. Dies bedeutete keine Änderung des eigentlichen Wirtschaftsmodus, sondern funktionierte unter Vernachlässigung der Parteien und der Interessensvertretungen. Die Stabilität eines solchen Systems beruhte auf einer Konfliktideologie, die diverser Feindbilder bedurfte.

In seiner Stellungnahme zur Verfassungsreform befürwortete Ministerpräsident Pál Teleki den Ausbau einer die berufsständischen, regionalen und parteipolitischen Gliederungen kombinierenden Legislative. Nach seinen Vorstellungen

70 Salgotarjáni köszénbánya Rt. iratai [Schriften der Steinkohlebergwerke A.G. Salgotarján], MOL Z/248/9/206.

71 Eva Kovács, A gyariparosok sajtója 1900–1944 [Die Presse der Fabriksindustriellen 1900–1944], in: Tarsadalomkutatás, Budapest 1989.

72 Dr. Dénes Kislegi-Nagy, A korporatív gazdaság alapelvei [Die Grundelemente der korporativen Wirtschaft], Sonderdruck aus Pannonia, Januar–März (1940).

gen sollten die Wähler, ihrer gesellschaftlichen Stellung entsprechend, über gestaffelte Stimmrechte verfügen. Mitglieder der berufsständischen Kammern und Hochschulabsolventen hätten zum Beispiel über mehrere Stimmen verfügt.⁷³

Neben dieser korporativen Konzeption existierte in der einschlägigen ungarischen Literatur auch die Idee einer korporativen Selbstverwaltung. Nach dieser Auffassung sollten die berufsständischen Bezirksorganisationen in die nach Berufen gegliederten Landeszentralen zusammengefaßt werden, die unter Beiziehung von Fachkomitees vom Ständehaus der Landesversammlung koordiniert werden sollten. Eine solche Hierarchie sei vom Staat unabhängig, obwohl das Aufsichtsrecht des Staates aufrecht bleibe. Obwohl ihre Einheiten durch Zwangszusammenschluß entstehen sollten, sei nicht von ‚Diktatur‘ zu sprechen. Da ihre Führer keine (Partei-)Politiker seien, sei dieses System in diesem Sinn ‚unpolitisch‘.⁷⁴ Diese Charakteristika – erläutern die durchaus widersprüchlichen Darstellungen – würden das ungarische Modell sowohl vom italienischen unterscheiden, das diktatorisch und politisch sei, als auch vom Modell des Nationalsozialismus, welches ebenfalls diktatorisch sei und keine durchgehend korporativen Strukturen geschaffen habe. Es unterscheide sich auch vom österreichischen „Ständestaat“ und vom portugiesischen Modell, welche in ihrer Gesamtheit Anhängsel des Staates seien.

Obwohl die ständische Idee und die Vorstellung von einem korporativen Staat die wichtigsten Elemente der rechten ungarischen Wirtschaftsideologie waren, wurden sie in der hier geschilderten Form nie verwirklicht. Auch die rechtsgerichtete Presse kritisierte, daß die Regierung anstatt dem politischen und wirtschaftlichen Liberalismus frontal gegenüberzutreten und ihn institutionell abzubauen, Ungarn in den Grenzen von Trianon wieder auf die Bahn einer liberal-kapitalistischen Wirtschaft zurückgeführt habe. Die liberale Staatsform,

73 Horthy Miklós titkos iratai, wie Anm. 32, 273–284.

74 Mihelics Vid, Hivatásrendi társadalom [Berufständische Gesellschaft], Budapest 1940; Bartócz József, Uj jelenségek és intézkedések a gazdasági életben [Neue Erscheinungen und Maßnahmen im Wirtschaftsleben], Budapest 1938; Bikkal Dénes, Totális állam, érdekképviseleti állam, munkakamrák [Totaler Staat, Interessensvertretungsstaat, Arbeiterkammern], Budapest 1941; Vágó Pál, A magyar munkaállam [Der ungarische Arbeitsstaat], Budapest 1940; Varga László, Szociális reform és hivatásrendiség [Soziale Reform und Berufständigkeit], Budapest 1941; Kornig Béla, Korfordulón [An der Zeitenwende], Budapest 1940; Friesz József, Hivatásrendi gazdaság. A modern gazdasági élet megszervezése [Berufständische Wirtschaft. Die Organisation des modernen wirtschaftlichen Lebens], Budapest 1942.

welche „(...) an uns hing wie ein von irgendetwelchen Herrschaften abgelegtes Kleidungsstück, in der wir uns niemals wirklich zuhause fühlten und die eine Verkehrung unserer nationalen Werte darstellte“, sei nicht durch einen zeitgemäßen ungarischen Nationalstaat abgelöst worden, welcher „(...) vom Gesichtspunkt der Wiedergewinnung unserer geraubten Gebiete, das allerwirksamste Mittel gewesen wäre“.⁷⁵

Der sich nach Auffassung der rechtsradikalen Propaganda in „unverantwortlicher Kritik“ manifestierende Parlamentarismus war, wenn schon nicht aus anderen Gründen, so doch wegen der Kriegsumstände nicht mit der neuen Wirtschaftspolitik vereinbar.⁷⁶ Die Kriegsbewirtschaftung erforderte vorübergehend überall die Form der gebundenen Wirtschaft, die Einengung der parlamentarischen Rahmenbedingungen, die Unabhängigkeit der Exekutivgewalt und die Ausweitung der bürokratisch-politischen Kontrolle. In der rechten Wirtschaftsideologie waren diese Maßnahmen mit der skizzierten korporativen Konzeption, einem aggressiven Nationalismus, der propagandistischen Mobilisierung der Bevölkerung und einer rassistischen Diskriminierung verwoben. Obwohl die Kriegsbedingungen im Repertoire der rechten Ideologie als Ausnahmezustand angesehen wurden, hielt man die damals entstandenen Strukturen keineswegs für vorübergehend. Man erklärte vielmehr, daß man zwar die neue Wirtschaftsform allgemein „(...) gern als Kriegswirtschaft bezeichnet, doch so wie die Errungenschaften der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik noch während des Ersten Weltkriegs geschaffen wurden, so entstehen im Zweiten Weltkrieg jene wirtschaftlichen Errungenschaften, die bei Kriegsende zum Allgemeingut ganz Europas werden.“⁷⁷ Die radikale Rechte war während der gesamten Periode der Kriegswirtschaft mit der entstandenen Situation unzufrieden, denn auf die ersten Schritte zur gebundenen Wirtschaftsform folgten keine radikalen Veränderungen der Lenkungsstruktur, und die ständestaatlichen Initiativen versandeten.⁷⁸ Die ungarische Wirtschaftslenkung arbeitete in der Praxis bis zur deutschen Besetzung mit einer beschränkt liberalen Politik. Sie realisierte

75 Keresztény Gyáripari Vállalatok Szövetsége választmányi jegyzőkönyve [Vorstandsprotokollbuch des Bundes Christlicher Industrieunternehmen], Eintragung v. 14. Jänner 1942, BFL XI/127/d.

76 MOL K/280/11/j.

77 BFL XI/127/d.

78 BFL XI/127/b.

nur so viel, wie dies die Kriegswirtschaft und die außenpolitische Orientierung erforderten.

Wie aber konnte ein solches Modell, das auch unter den Bedingungen der Kriegsbewirtschaftung versuchte, formal unabhängige Interessenvertretungen aufrechtzuerhalten, funktionieren? Die Kritik der Rechtsradikalen, die in der Nichteinführung korporativer Strukturen die Quelle allen Übels erblickten, war unbegründet. Die formale Struktur der Interessenvertretungen blieb im Vergleich zu früher praktisch unverändert. Innerhalb dieser Struktur aber kam es zu Verschiebungen und Funktionswechseln, die das Funktionieren der Kriegswirtschaft sichern sollten. Wesentlich verändert wurde die Funktion der Kammern. Schon im Mai 1938 verkündete Ministerpräsident Béla Imrédy im Abgeordnetenhaus, daß er den Ausbau der Kammern beabsichtige, denn sie müßten mit „neuem ungarischem Geist“ erfüllt werden.⁷⁹ In der Landwirtschaftskammer waren seiner Einschätzung nach nur kleinere Korrekturen vonnöten, während ihm in der Handels- und Industriekammer die Trennung des Klein- und Großgewerbes, des Handels und des Handwerk notwendig erschien. Nach seinen Vorstellungen sollten die einzelnen Kammern in Kurien aufgeteilt werden, und zwar so, daß die Betriebsführung, die Betriebsintelligenz und die manuell Arbeitenden verschiedene Kurien bildeten. 1940 wurde die Selbstverwaltung der Kammern aufgehoben und anstelle der Vollversammlung ein beratendes Komitee ernannt. Die Kammern wurden damit von beratenden Interessenvertretungen zu Ämtern.

Nach der Machtübernahme durch die „Pfeilkreuzler“ ließ der von der Partei beauftragte Generalsekretär der Kammern einen Rundbrief verbreiten, der die Zusammenarbeit zwischen den Kammern und den Ständen regelte. Die im Entstehen begriffenen Stände waren demzufolge in die Arbeit der Kammern einzubinden.⁸⁰ Neben der Ausstattung der zwischen die Interessensvertretungen und den Staat geschalteten Kammern mit einer befehlsvermittelnden Funktion gingen auch innerhalb der Interessensvertretungen bestimmte, ihre formale Verfassung unberührt lassende Umstrukturierungen vor sich. Neben den traditionellen Interessensvertretungen vervielfältigte sich die Zahl der

79 Imrédy Béla miniszterelnök beszéde a képviselőház 1938 május 14. ülésén [Rede des Ministerpräsidenten Béla Imrédy anlässlich der Parlamentssitzung vom 14. Mai 1938], Budapest 1938.

80 A Budapesti Kereskedelmi és Iparkamra működése 1945-ben [Die Tätigkeit der Budapester Handels- und Gewerbekammer im Jahre 1945], Budapest 1946.

rechtsgerichteten Interessensvertretungen. Hierher gehörten unter anderem die Baross Gyáripári Csoport [die Industriegruppe Baross] und der Keresztény Gyáripári Vállalatok Szövetsége [Bund der Christlichen Fabriksunternehmer]. Diese Gruppen bedienten sich vor allem militaristischer und religiös-rassistischer Argumente.

Auch innerhalb der traditionellen Interessenvertretungen ging eine gewisse ideologische Anpassung vor sich. Als wichtigstes Charakteristikum ist hier der innerhalb der Kammern und Interessensvertretungen stattfindende Personenwechsel zu nennen, welcher das Funktionieren der Wirtschaftslenkung beeinflusste. An die Spitze der Kammern wurden ministerielle Beauftragte gestellt, und die Mitglieder des Beratungskomitees kamen großteils aus den Kreisen der Baross Gyáripári Csoport [Industriegruppe Baross]. Infolge dieser Verflechtungen kamen auch zahlreiche Regierungsberater und ministerielle Beauftragte in die Führungsgremien der Interessensvertretungen. Durch diesen Wechsel wurden die Körperschaften zu einem guten Teil mit Personen besetzt, die aufgrund ihrer eigenen Interessen nicht nur einer vorübergehenden Wirtschaftslenkung zustimmten, sondern auch mit deren bleibenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen einverstanden waren.

Mit der Schaffung kriegswirtschaftlicher Institutionen wuchs auch die soziale Demagogie. Die zentrale Organisation der Propaganda war ab dem Juni 1938 die gesellschaftspolitische Abteilung der Kanzlei des Ministerpräsidenten. Wie schon bei einzelnen wirtschaftspolitischen Organen entwickelten sich auch hier realpolitische Funktion und formeller Titel auseinander. Formell für sozialpolitische Aufgaben zuständig, war sie nebenher auch propagandistisch tätig. Neben der gezielten Vermittlung revisionistischer Ideen betrieb sie vor allem die Popularisierung der Zwangsverordnungen.⁸¹ Eines ihrer ebenso radikalen wie typischen Produkte war die Verbreitung der „Zehn Gebote des Kriegsbetriebes“⁸², welche die Kriegswirtschaft regulieren sollten.

81 Tilkovszky Loránt, A magyar kormányzat 'társadalompolitikája' 1938–1942 [Die ‚Gesellschaftspolitik‘ der ungarischen Regierung 1938–1942], in: Párttörténeti Közlemények 4 (1971), 72–103.

82 Füleky József, Hg., Hadiüzemi utmutató [Kriegsbetrieblicher Wegweiser], Budapest o.J.; zit. n. Hanák Péter u. Hanák Katalin, Magyar pamutipar története [Geschichte der ungarischen Wollindustrie], Budapest 1964.

Schlußbemerkung

Die ersten Institutionen der Wirtschaftslenkung waren während des Ersten Weltkriegs entstanden. Sie funktionierten jedoch nur unzulänglich und wurden nach Kriegsende aufgelöst. In den zwanziger Jahren hatte die staatliche Interventionspolitik unterstützenden Charakter, und eine Koalition von Großgrundbesitzern und Großkapitalisten konnte die radikalere Gruppe der bürokratischen Elite wieder aus ihren Spitzenpositionen verdrängen. Die aufkommende Wirtschaftskrise unterbrach die staatlich geförderte Reorganisation einer liberalen Marktwirtschaft. Die militärisch-bürokratische Elite der Beamten und Offiziere gelangte wieder zu Einfluß und konnte ihre Machtpositionen ausbauen, die Ideologie einer gelenkten Wirtschaft oder Planwirtschaft wurde wieder aktuell, und irredentistische Ideen schienen neuerlich auf internationale Unterstützung zu stoßen.

Die radikale Umstrukturierung der Institutionen nahm 1938 mit der Verkündung des Aufrüstungsprogrammes seinen Anfang. Es entstanden ein zentralisiertes System der Preiskontrolle, der Rohstoff- und Arbeitskraftbewirtschaftung und entsprechende Durchsetzungsstrategien, bis hin zur Auflösung der Gewerkschaften gegen Ende dieser Periode. Durch die Auswirkungen der erzwungenen Industrialisierung entwickelte sich eine industriedominierte Produktionsstruktur, während die Gesellschaftsstruktur ihren traditionell agrarischen Charakter beibehielt. Auch die redistributive Hierarchie wies dysfunktionale Züge auf. Die Kriegswirtschaft und ihre Vorreiterin, die gelenkte Wirtschaft, kannten zwar keine transaktiven Marktbeziehungen mehr, lösten aber das Privateigentum an den Produktionsmitteln nicht auf. Konflikte zwischen dem Privatkapital und dem Lenkungsapparat, zwischen der zivilen und der militärischen Führung, der Produktion und der Warenverteilung, sowie schwere Unverhältnismäßigkeiten zwischen den Wirtschaftszweigen, eine rasante Inflation, der starke Verfall der Reallöhne, und der notorische Mangel an Rohstoffen und Konsumgütern waren immanente Elemente dieser Kriegswirtschaft. Obwohl die Wirtschaftspolitik nach dem Krieg eine gänzlich neue Wendung nahm, waren ihre Folgen auch in der institutionellen und strukturellen Entwicklung der Wirtschaft in der Periode der Planwirtschaft spürbar.

Aus dem Ungarischen von Gerhard Baumgartner, Wien